



GRÜNZEUG

Monatlicher Newsletter des grünen Auricher Ortsverbandes und seiner Fraktion im Stadtrat

Newsletter 1/März 2017

Liebe Leser*innen, Interessierte und Sympathisantinnen der Grünen

Die Kommunalwahlen sind lange vorbei, der Ortsverband hat sich neu aufgestellt und die Fraktion hat ihren 100 - Tage - Welpenschutz auch hinter sich. Darum beginnt spätestens jetzt die normale politische Routine. Da unsere Aktivitäten zahlreich, aber nicht immer entsprechend ausführlich dargestellt werden (können), wollen wir Euch zukünftig mehr oder weniger regelmäßig mit Informationen versorgen, die uns aus grüner Sicht wesentlich erscheinen. Dazu gehören Hintergrundinformationen zu unserer Rats- und Parteiarbeit, die Vorankündigung von Veranstaltungen etc.

Wir wollen informativ und unterhaltsam sein und verschiedene Rubriken entwickeln. Zum Weiterlesen werden wir dann auf unsere Webseite verweisen, wo Ihr dann die Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen im Original nachlesen könnt. Für kurzfristige Kommentare und Infos nutzen wir zusätzlich die Facebookseite des OV's.

Geplant sind mindesten 10 Ausgaben pro Jahr, bei guten Gründen und falls die Aktualität es erfordert, könnte es Extra - Ausgaben geben. Da wir kein ausschließliches Verlautbarungsorgan sein wollen, sind wir für Reaktionen, Anregungen und Beiträge aus der Leser*innenschaft sehr dankbar.

Los geht's:



Südweg - ein rechtsfreier Raum?

Nicht unerwartet, aber dennoch sehr schmerzlich haben wir den Kampf gegen EDEKA und den Erhalt des Sandhorster Waldes in diesem Bereich verloren. Wir haben dabei erfahren, dass Verwaltungshandeln doch nicht so verlässlich und belastbar ist wie wir angenommen haben. Wir mussten erfahren, dass der Begriff „schutzwürdig“ und „geschützt“ zwei Paar Schuhe sind; dass die offiziell eingestellten Karten dazu auf einer niedersächsischen Behördenseite ohne Gewähr sind und niemand für die Richtigkeit verantwortlich zeichnet.

Das NLWKN, der Landesbetrieb für Küsten- und Naturschutz hat diese Karten unter dem Begriff Sandhorster Wald/Biotop ausgewiesen und war Träger öffentlicher Belange bei dem Bauleitverfahren. Trotzdem weist die Pressesprecherin Herma Heyken in der Presse darauf hin, dass man nicht involviert sei und keine Verantwortung für die Karten übernehme.

Der Landkreis teilt kategorisch mit, dass dort kein Biotop sei (Kreisrat Dr. Puchert). Er ignoriert dabei, dass noch im März 2015 seine untere Naturschutzbehörde in einer Stellungnahme an die Stadt dieses Gebiet als äußerst wertvoll und die Schäden als nicht ausgleichbar klassifiziert hat.



Wir lernen, dass man weder einen gültigen Flächennutzungsplan noch eine Baugenehmigung braucht, um loszulegen und dass Ölverschmutzung auf der Straße, verursacht durch Baufahrzeuge, von Seiten der unteren Wasserbehörde des Landkreises vernachlässigbar ist.

Auch die Verkehrssicherungspflicht der Stadt lässt zu wünschen übrig, da die Baumfällarbeiten und der Abtransport ohne Absicherung für Fahrradfahrer*innen und Fußgänger*innen stattfinden.

Wir haben von der Landesebene erfahren, dass Wald eigentlich nicht frei verkäuflich sei, vor allem weil im Landkreis Aurich laut Waldzustandsbericht Waldentwicklung betrieben werden müsse, aber in „dringlichen“ Fällen davon abgewichen werden könne. Das möchten wir erklärt haben. Wir haben dazu einen Brief an den zuständigen Landwirtschaftsminister Meyer, die grüne Landtagsfraktion und Landesvorstand geschrieben. Die Antwort steht noch aus.

Aber es gibt auch Positives zu berichten.

Einer der ersten Anträge im Stadtrat war die Unterschutzstellung des Panzergrabens als Bodendenkmal. Dafür ist die Stadt zuständig und sowohl der Ortsrat als auch der Schul- und Kulturausschuss hat den Antrag angenommen.

Unsere Idee ist nun, mit interessierten Vereinen und Institutionen einen ca. 500 m langen Gedenkpfad entlang der noch sichtbaren Teile des Grabens zu illustrieren, um das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Die Initiative geht auch auf eine Idee von Karl Osterwald, Friedensaktivist und Mitglied des KZ-Vereins Engerhufe, im Zusammenhang mit dem bereits existierenden Panzergrabendenkmal zurück. Damals war das vehement u.a. von der GFA abgelehnt worden. Nun machen wir einen zweiten Anlauf und hoffen, nicht nur auf die Beteiligung durch den Verein sondern möchten die Gestaltung möglichst breit in der Auricher Bevölkerung verankern. Ein entsprechender Arbeitskreis macht hier Sinn. Um den werden wir als nächstes ringen müssen.

Norderstraße – Sanierung gleich Abbruch?

Die nächste Baustelle ist die Norderstraße und ihre beiden zum Abriss vorgesehenen Häuser 6 und 8. Die beiden Häuser sind augenscheinlich heruntergewirtschaftet, auch weil die Stadt sie zwar vor Jahren gekauft, aber ansonsten hat verkommen lassen. Im Zuge der Debatte wurde unsere Frage, ob der Denkmalschutz berücksichtigt wurde, immer nur sehr knapp beantwortet. Das wollten wir genauer wissen, stießen aber auf Ablehnung. Darum haben wir uns an die Landesdenkmalschutzbehörde gewandt, die ihrerseits erst sehr kurzfristig tätig wurde.



Das Schreiben des Landesamtes für Denkmalpflege selbst macht deutlich, dass es sich bei der Bewertung der Denkmaleigenschaft Norderstraße bislang lediglich um eine Schnellerfassung zuletzt aus dem Jahr 1996 handelt, bei der allerdings die Häuser Norderstraße 6 und 8 nicht erfasst wurden. Zum ersten Mal wurde also am 09.02.17 „kurzfristig“ eine ausschließlich äußere Inaugenscheinnahme der beiden Gebäude durch das Landesamt vorgenommen. Dabei ergab sich zwar, dass der äußere Zustand der Einzelgebäude für eine Negativausweisung spricht. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass mit „hoher Wahrscheinlichkeit“ ein historischer Kern vorhanden ist. Weiter wird auf das städtebauliche Gesamtbild der Norderstraße abgehoben.

In der Konsequenz wird vom Landesamt explizit eine denkmalrechtliche Genehmigung nach § 10 NDSchG gefordert, die allerdings noch nicht vorzuliegen scheint, da sie sich in den Akten nicht wiederfindet.

Abschließend empfiehlt die Behörde eine zusätzliche Innenbesichtigung zur Beurteilung des historischen Kerns der Häuser Norderstr. 6 und 8. Eine solche hat unsere Fraktion bereits beantragt. Wir hoffen, dass sie zeitnah und unter Beteiligung der zuständigen Ausschüsse stattfindet.

Unabhängig von der formalen und ohne Kenntnis des historischen Kerns der Gebäude abgegebenen negativen Einschätzung des Landesamtes für Denkmalpflege, ist die Politik frei zu entscheiden, ob die Häuser Norderstr. 6 und 8 erhalten werden sollen oder nicht. Dazu gehört allerdings eine umfassende Würdigung der Sachlage, um die politische Willensbildung in den richtigen Zusammenhang zu stellen. Leider haben wir nach den bisherigen Debatten im Ortsrat, im Sanierungs-

und Wirtschaftsausschuss und besonders nach dieser Akteneinsicht den Eindruck, dass uns weiterhin wesentliche Informationen vorenthalten werden – oder diese nicht existieren. **Am 07.03.2017 tagen Wirtschafts- und Sanierungsausschuss ab 17.00 Uhr gemeinsam. Wen es interessiert...?**

War sonst noch was?

Städtische Finanzen – das bisschen Haushalt?

Da die Stadt in den vergangenen Jahren über ihre Verhältnisse gelebt hat, die Gewerbesteuererinnahmen eingebrochen sind, hat die Stadt in den nächsten 4 Jahren 20 Mio Euro einzusparen, bedeutet 5 Mio pro Jahr. Das soll nun über die freiwilligen Leistungen geschehen.

Aus unserer Sicht ist das der falsche Ansatz, da die Förderung der schulischen, kulturellen und sozialen Einrichtungen und Projekte, das gesellschaftliche Leben in Aurich bestimmen. Stattdessen wollen wir den Rotstift bei den Großprojekten ansetzen, die wir für nicht rentierlich und auf Dauer defizitär ansehen.

Das betrifft z.B. den Ausbau der Baalje und des Knotenpunktes am Südweg oder die Aufwendungen für das EEZ zulasten des sozialen Wohnungsbaus. Wir haben dabei die jährlichen Zuweisungen für die Betriebsgesellschaften im Auge, die nicht in der Kritik stehen, da sie ihren eigenen Wirtschaftsplan aufstellen. Besonders die Abschreibungen werden verfrühstückt, anstatt sie als Rücklagen für kommende Sanierungsarbeiten zu nutzen. Damit werden die nächsten Haushaltslöcher vorproduziert, denn wenn die Sanierungen in ein paar Jahren anstehen, ist kein Geld mehr da und die Stadt zahlt zum dritten Mal – dann über zusätzliche Kreditaufnahme.

Wir wollen stattdessen vorschlagen, die Abschreibungen so lange nicht auszuzahlen oder zu reduzieren, bis sich die Haushaltslage wieder gebessert hat. Da der Haushalt erst im April verabschiedet werden soll, werden wir zu gegebener Zeit entsprechende Anträge dazu einbringen.

Bezahlbarer Wohnraum – was ist das?

Als eine ihrer ersten Initiativen hat die Fraktion der Grünen einen Antrag zum Thema Obdachlosigkeit und Wohnraumbedarf eingebracht, um dem Thema Obdachlosigkeit in Aurich eine stärkere Beachtung als bisher zu schenken.

Hintergrund war die Presseberichterstattung Ende Dezember 2016, in der deutlich wurde, dass die bisherigen Plätze nicht mehr ausreichen. Das betrifft nicht nur die Anzahl der Plätze, sondern auch ihre Qualität, da immer häufiger Frauen und Jugendliche zu den Obdachlosen gehören. Da bislang keine Statistik darüber geführt wird, kann auch nicht angemessen darauf reagiert werden. Um aussagekräftige Informationen zu bekommen, hat die Fraktion daher einen umfangreichen Fragenkatalog beigefügt. Neben den Obdachlosenunterkünften sollte auch das Thema soziale Wohnraumbeschaffung diskutiert werden.

Die Grünen drängen darauf, dass die Stadt das Kasernengelände erwirbt und durch einen raschen Umbau in kurzer Zeit kostengünstig größere Wohneinheiten realisieren kann, zumal es sich hier um rentierliche Kosten handele. Die Fraktion findet, dass die bisherige Planung von ca. 24 Wohneinheiten in der Norder Straße für 4 Mio. Euro an der falschen Stelle realisiert werden soll und sich für dasselbe Geld auf dem Kasernengelände nahezu doppelt so viele Wohneinheiten schaffen ließen.

Kaserne - Konfusion statt Konversion?

Seit der Kommunalwahl versuchen wir, die Kaserne und ihr Potential in den Mittelpunkt zur dringend benötigten Wohnraumbeschaffung zu stellen. Nachdem die Flüchtlingsunterkunft aufgelöst wurde,

war Schweigen im Walde. 40 ha mitten in der Stadt – ein weißer Fleck. Dabei bietet das Gelände mit seiner Bausubstanz Chancen ohne Ende.



Sozialwohnungen sind dazu nur ein Bereich. Auf Grund des demografischen Wandels sind zukünftig völlig neue Wohnkonzepte gefragt. Generationsübergreifend, mit einer sozialen Infrastruktur, die auch soziale Dienste mit einbezieht, damit z.B. alte Menschen so lange wie möglich in ihren Wohnungen bleiben können. Das ist nicht nur sozialer und humaner sondern auch ökonomischer.

Auf dem stadtnahen Gelände könnten alle Versorgungseinrichtungen verwirklicht werden bis hin zu einer ökologisch gestalteten Energie- und Wasserversorgung. Stattdessen scheute sich die Stadt bisher, sich zum Kauf des Geländes durchzuringen, scharren doch zahlreiche Investoren mit den Füßen, um sich die Sahnestücke zu sichern. Dazu gehört auch der weiträumige Abriss von Gebäuden, die strategisch schlechtgeredet werden, obwohl bis ins letzte Jahr hinein immer wieder saniert wurde.

Auch die weitläufigen Grünflächen mit altem Baumbestand stehen zur Disposition und stehen dem Verwertungsgedanken im Weg. Das wollen wir verhindern. Deshalb haben wir angekündigt, solange keinem Baugebiet mehr zuzustimmen, bis Schritte zu einem verbindlichen und ernsthaften Konzept für das Kasernengelände auf den Weg gebracht wurde.

Wir wollen, dass die Stadt das Gelände kauft und die Planungshoheit über das Gebiet behält. Hier könnte aus einer militärischen Anlage ein Vorzeigevierviertel entstehen, wie z.B. Freiburg es vorgemacht hat. Wir haben dazu eine schriftliche Anfrage zum Stand der Verhandlungen und Planungen eingebracht, deren Antworten wie gewohnt ausweichend ausfielen. Alles in Abstimmung, in Verhandlung.

Allerdings wurde bei der Frage der derzeitigen Wartung deutlich, dass die BIMA, der das Gelände noch gehört, sich nicht um die Gebäude kümmert, sie weder heizt noch lüftet. Das kann bedeuten, dass die sanierten Gebäude in kürzester Zeit von innen her verkommen, warum aus unserer Sicht Eile geboten ist. Auch hier fordern wir seit langem eine Begehung. Immerhin wird jetzt ein Wachdienst von der Stadt finanziert und sie wird ihr Vorkaufsrecht nicht ohne Beteiligung des Rates aufgeben.

Fahrradverkehr – Konzeptfrei?

Wir haben um eine Berichterstattung über den derzeitigen Stand zur Entwicklung des Fahrradverkehrs in Verbindung mit den geplanten Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Radverkehrs in Aurich und der Verkehrssicherheit beantragt. Wir möchten dieses Thema aus Sicht der Verwaltung diskutieren und den Fahrradbeauftragten um seine Einschätzung aus der Praxis bitten.

Es geht um ein Fahrradkonzept, das von der Stadt schon lange in Auftrag gegeben war, aber irgendwie nicht zum Ergebnis kam. Nun soll neu angesetzt werden. Konkret geht es uns um die Einrichtung von Fahrradstraßen in der Innenstadt. **Da das Thema als sehr wichtig angesehen wird, soll es eine Extra-Sitzung des Umweltausschusses am 09.03.17 dazu geben.**



Der Aufreger des Monats – Grüne gegen alles !?

In der letzten Ratssitzung haben die Grünen angekündigt, so lange keinem neuen Baugebiet mehr zustimmen zu wollen, bis sich der Stadtrat ernsthaft mit dem Kasernengelände zwecks Wohnraumnutzung beschäftigt. Das geht auf einen Beschluss des OV zurück und hat einen Sturm der Entrüstung bei der Presse erzeugt. Was ist daran so skandalös? Wie oben schon angemerkt, wird das Kasernengelände seit 2014 als neuer Stadtteil außen vorgelassen, das Wohnraumpotenzial ignoriert. Hier besteht die realistische Möglichkeit, für die verschiedensten Zielgruppen in der Bevölkerung Wohnraum zu schaffen, indem die bestehende Bausubstanz entsprechend genutzt und saniert wird. Das ist ökologisch und ökonomisch vernünftig und kann auch sehr schnell realisiert werden. Kostet ein qm Neubau ca. 1000- 1200 Euro, könnte dieser in der Kaserne bei ca. 600 Euro liegen – je nach Zustand. Stattdessen wird darüber schwadroniert, dass dort Ghettos entstehen könnten, dass alles zu lange dauern würde. Gleichzeitig drückt man sich davor, „bezahlbaren Wohnraum“ zu definieren. Die Einfamilienhäuser in den Außenbereichen oder in der Innenstadt gehören jedenfalls nicht zum Sozialstandard, der z.B. vom Jobcenter anerkannt wird. Was die Debatte über die „grüne Wiese“ betrifft, auf der ja immer gebaut werde (Rokicki, AWG) so zeigt sie ein grundsätzliches Problem, nämlich das der Zersiedelung und des Flächenverbrauchs. Für Investoren und Bauunternehmer sind grüne Wiesen, bebaut oder un bebaut weiterhin das Non- Plus-Ultra. Erhalt alter Bausubstanz und Sanierung kommt darin so gut wie nicht vor, weil es sich unternehmerisch nicht rechnet. Ostfriesland liegt mit seiner rasanten Versiegelungspolitik an der Spitze der bundesweiten Statistik. Eine Debatte dazu ist überfällig.

Termine Termine Termine



Ortsverband Aurich

Nächste OV Sitzung

am **13.03.2017**
um **19.00 Uhr**
im **NABU-Café**

Quotierung pro und contra: Notwendig oder überholt?

Einladung zur öffentlichen Podiumsdiskussion

am Donnerstag, den 23.03.2017 Uhrzeit:

19.00 Uhr

Ort: Nabu-Café in der Osterstraße 23, 26603 Aurich (Fußgängerzone, direkt neben TEDi)

Referent*innen:

Pro Quotierung – grüne Frauensprecherin Gesine Agena

Aus der freien Wirtschaft – Ing. Brigitte Nolopp

Contra Quotierung – NN

Moderation: Sonja Jakob

Einleitende Worte - Garrelt Agena, Bundestagskandidat der Grünen

Diese Veranstaltung richtet sich an alle, die sich schon immer gefragt haben, ob wir eine Frauenquote brauchen.

Ist es tatsächlich so, dass Frauen es schwerer haben als Männer und mit gleicher Qualifikation die gleichen Karrierechancen verwehrt bleiben?

Führt eine Frauenquote zu mehr schlechter qualifizierten Personen in die Arbeitswelt, oder verhält es sich genau umgekehrt: Führt sie zu mehr besser qualifizierten Frauen in häufig von Männern besetzten Spitzenpositionen?

Am 8. März ist Frauentag



Mit grünen Grüßen

Vorstand und Fraktion

V.i.S.d.P : Gila Altmann, am Wald 49, 26605 Aurich